

Fraktion im Rat der Stadt Wermelskirchen

Herrn
Bürgermeister Bleek

Im Hause

Telegrafenstr. 29 - 33
42929 Wermelskirchen
Tel./Fax: 02196 / 710194
fraktion@spd.wermelskirchen.de

Fraktionsvorsitzender:
Jochen Bilstein
Herrlinghausen 41
42929 Wermelskirchen
Tel. 02196 / 3609

12.07.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Rainer,

Ich bitte den folgenden Antrag auf die nächste Sitzung des Rates zu setzen.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt rügt die Äußerungen des Vorsitzenden der WNK/UWG, H. Rehse, die er im Juli auf der Internetplattform Facebook im Zusammenhang mit der Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen auf dem Mittelmeer getan hat, als diskriminierend und fremdenfeindlich. Er hatte geschrieben: „Es geht (bei dem Einsatz von Rettungsschiffen J.B.)ausschließlich darum, dass bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern!“

Begründung:

Herr Rehse behauptet in seiner auf Facebook verbreiteten Stellungnahme, dass es Kreise in Deutschland gebe, die „Menschen“ (im Kontext der Aussagen können damit nur Flüchtlinge und Migranten gemeint sein), bewusst (also mit der klaren Absicht) nach Deutschland und nach Europa holen (so wie es die Rettungsschiffe tun, die im Mittelmeer handeln), um die Bevölkerung hier in Deutschland und in Europa in ihrer Zusammensetzung zu verändern. Herr Rehse vertritt damit eindeutig eine der Kernthesen der identitären Bewegung, die gerade vom Bundesamt für Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellt wurde. Die Identitären vertreten einen sogenannten Ethnopluralismus, der zwar keinen biologischen Rassismus vertritt, sehr wohl aber eine Auffassung, wonach Menschen unterschiedlicher Ethnien nicht in einer Gesellschaft leben sollen. Im Zusammenhang mit dieser Aussage und eng verknüpft mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten aus nicht europäischen Ländern spricht die identitäre Bewegung von einem angeblich gewollten „Austausch“ der einheimischen Bevölkerung, der strikt abgelehnt wird. Genau diese Auffassung vertritt das Ratsmitglied Rehse, wenn er davon spricht, dass „bestimmte Kreise Menschen um jeden Preis nach Deutschland holen wollen, um hier und in Europa in ihrem Sinne die Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern!“ Damit würden, so auch der Verfassungsschutz in seiner jüngsten Erklärung, Menschen mit außereuropäischer Herkunft von demokratischen Teilhaben

ausgeschlossen und in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise diskriminiert. Zur Begründung seiner Entscheidung, die identitäre Bewegung, die jene These propagiert, Menschen unterschiedlicher Ethnien sollten nicht in einer Gesellschaft leben, offiziell zu überwachen, erklärt der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Haldenwang: „Als Frühwarnsystem dürfen wir unser Augenmerk nicht nur auf gewaltorientierte Extremisten legen, sondern müssen auch diejenigen im Blick haben, die verbal zündeln.“ Ein solches Verhalten, das bei dem Ratsmitglied Rehse nicht zum ersten Mal auf facebook zu beobachten ist, darf ein Rat, dessen Grundlage neben der Gemeindeordnung auch die Verfassung unseres Landes mit dem Artikel 1 – „die Würde des Menschen ist unantastbar“ - ist, nicht unwidersprochen lassen.

Mit freundlichem Gruß

Jochen Bilstein